

EUROPAWEITE VERGABE VON
POSTDIENSTLEISTUNGEN FÜR DEN
LANDKREIS ALB-DONAU-KREIS
IM
OFFENEN VERFAHREN
NACH VGV

ANGEBOTSFORMULAR

Landkreis Alb-Donau-Kreis

Vergabe von Postdienstleistungen im Offenen Verfahren nach VgV

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 2 von 31

Teil A: Allgemeine Angaben des Bieters*(Zutreffendes bitte ankreuzen)***Teilnahme am Vergabeverfahren**

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft

Hiermit geben wir ein Angebot für folgende Lose ab:

- ☐ Los 1
- ☐ Los 2

Einzelbieter

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 3 von 31

Die Seiten 3 bis 7 sind nur im Falle einer Bietergemeinschaft auszufüllen:

Teilnehmer der Bietergemeinschaft

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 1		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Landkreis Alb-Donau-Kreis

Vergabe von Postdienstleistungen im Offenen Verfahren nach VgV

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 4 von 31

Mitglied der Bietergemeinschaft 2		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Landkreis Alb-Donau-Kreis

Vergabe von Postdienstleistungen im Offenen Verfahren nach VgV

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 5 von 31

Mitglied der Bietergemeinschaft 3		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Fax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 6 von 31

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bietergemeinschaft

Vergabe von Postdienstleistungen im Offenen Verfahren nach VgV

Seite 7 von 31

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bietergemeinschaft. Die Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

· Für das Unternehmen Nr. 1

Name des Erklärenden

• Für das Unternehmen Nr. 2

Name des Erklärenden

• Für das Unternehmen Nr. 3

Name des Erklärenden

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 8 von 31

Unterauftragnehmer

Ich/wir beabsichtige/n,

- ☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- ☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit*	Name / Anschrift

**Insbesondere sind die jeweiligen Zustellgebiete der Nachunternehmer durch Aufstellung der abgedeckten Postleitzahlenbereiche zu beschreiben (ggf. in gesondertem Dokument, falls der dafür vorgesehene Platz des Formblatts nicht ausreicht)*

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 9 von 31 Seiten

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bietergemeinschaft ist dieses Formblatt, Teil B zu kopieren und von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Soweit der Bieter oder die Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungsleihe“), muss mit Angebotsabgabe nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bieter/die Bietergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.

Bitte beachten Sie:

Bieter und Bietergemeinschaft können als vorläufigen Nachweis der Eignung eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung gemäß § 50 VgV vorlegen. Legt der Bieter eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung nach § 50 VgV vor, so muss diese die Angaben enthalten, die für die Überprüfung der Eignung gemäß den nachfolgenden Vorgaben erforderlich sind. In diesem Fall müssen die nachfolgenden Angaben in diesem Teil B des Eignungsformulars nicht ausgefüllt werden. Nicht ausreichend ist in der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung hingegen die Angabe, dass die festgelegten Eignungskriterien erfüllt werden („Globalvermerk“).

Soweit der Bieter/die Bietergemeinschaft Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe einsetzt, muss er/sie dafür Sorge tragen, dass jedes dieser Unternehmen eine eigene Einheitliche Europäische Eigenerklärung mit den in den dortigen Teilen II bis V verlangten Informationen vorlegt.

Auch Mitglieder einer Bietergemeinschaft haben jeweils separate Einheitliche Europäische Eigenerklärungen einzureichen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 10 von 31 Seiten

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass keine Person, die meinem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 11 von 31 Seiten

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir in Bezug auf das Unternehmen, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 12 von 31 Seiten

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 13 von 31 Seiten

- das Unternehmen

1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 14 von 31 Seiten

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG)

Ich erkläre/wir erklären,

dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 15 von 31 Seiten

Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
 - b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
 - c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Ort, Datum)

(Name der erklärenden Person)

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 16 von 31 Seiten

Eigenerklärung über die Eintragung des Unternehmens in das digitale Verzeichnis der Anbieter von Postdienstleistungen (Anbieterverzeichnis) gem. § 4 PostG

Wir erklären, dass ich/wir in das digitale Verzeichnis der Anbieter von Postdienstleistungen (Anbieterverzeichnis) gem. § 4 Abs. 1 Satz 2 PostG eingetragen sind. Weiter erklären wir, dass wir gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 PostG ausschließlich andere Anbieter mit der Erbringung von Postdienstleistungen beauftragen, wenn der beauftragte Anbieter in das Anbieterverzeichnis eingetragen ist.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 17 von 31 Seiten

Eigenerklärung über die Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister (bei GmbH & Co. KG auch von der Komplementär-GmbH)

Wir erklären, dass ich/wir in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen sind.

Hinweise der Vergabestelle:

Mit dem Angebot ist noch kein Nachweis über die Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister einzureichen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 18 von 31 Seiten

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren.

Umsatz [in EUR brutto]	2023	2024	2025*	Jahresmittel Ø
Gesamtumsatz				
Umsatz im Bereich Postdienstleistungen				

** Soweit für das Geschäftsjahr 2025 noch kein Jahresumsatz feststeht, ist eine voraussichtliche Schätzung für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2024 anzugeben.*

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 19 von 31 Seiten

Eigenerklärung über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung

Wir erklären, dass für unser Unternehmen eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personen- und Sachschäden von mindestens EUR 2 Mio. sowie für Vermögensschäden in Höhe von jeweils mindestens EUR 250.000,00 oder im Auftragsfall in der geforderten Höhe gestellt wird.

Hinweise der Vergabestelle:

Mit dem Angebot ist noch keine Erklärung der Versicherung einzureichen.

Die geforderte Betriebshaftpflichtversicherung ist von Bietergemeinschaften insgesamt nur einmal vorzulegen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 20 von 31 Seiten

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich sind

Arbeitnehmer	2023	2024	2025
im Unternehmen insgesamt			
davon Führungskräfte			
davon Postzusteller			

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 21 von 31 Seiten

Teil C: Referenzen

Der Bieter hat folgende Mindestreferenzen vorzulegen:

– **Los 1:**

Eigenerklärung zu mindestens einem Referenzauftrag über erbrachte Postdienstleistungen in den letzten drei Jahren. Die Referenzleistung muss Abholung (physischer Postausgang), Frankierung sowie Beförderung und Zustellung von Briefen beinhalten. Die Leistungserbringung muss für einen ununterbrochenen Zeitraum von mindestens einem Jahr erbracht worden sein. Es werden auch einschlägige Postdienstleistungen berücksichtigt, die mehr als drei Jahre zurückliegen, sofern die Leistungszeit zumindest teilweise nach dem 31. Dezember 2022 liegt.

– **Los 2:**

Eigenerklärung zu mindestens einem Referenzauftrag über erbrachte Postdienstleistungen in den letzten drei Jahren. Die Referenzleistung muss Abholung (physischer Postausgang), Beförderung und Zustellung von Briefen mit Postzustellungsurkunde beinhalten. Die Leistungserbringung muss für einen ununterbrochenen Zeitraum von mindestens einem Jahr erbracht worden sein. Es werden auch einschlägige Postdienstleistungen berücksichtigt, die mehr als drei Jahre zurückliegen, sofern die Leistungszeit zumindest teilweise nach dem 31. Dezember 2022 liegt.

Hinweis der Vergabestelle:

Die geforderten Mindestreferenzen im Los 1 und Los 2 sind von Bietergemeinschaften insgesamt nur einmal vorzulegen.

Die Erklärungen über Referenzleistungen müssen jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags
- kurze Beschreibung des Leistungsumfangs
- Name des Auftraggebers inkl. Ansprechpartner
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Sendungsvolumen

Bitte die Eigenerklärungen als **Anhang A bis B** vorlegen. Die Vorlage von mehr als einer Referenz je Los ist nicht erwünscht.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 22 von 31 Seiten

Anlage A – Angaben zur Referenz Los 1 (Physischer Postversand):

Referenz Nr.	
Bezeichnung	
Kurze Beschreibung des Leistungsumfangs	
Auftraggeber <i>(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)</i>	
Zeitraum der Leistungserbringung <i>(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)</i>	
Sendungsvolumen <i>(durchschnittlich pro Jahr)</i>	

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 23 von 31 Seiten

Anlage B – Angaben zur Referenz Los 2 (Physischer Postzustellungsauftrag):

Referenz Nr.	
Bezeichnung	
Kurze Beschreibung des Leistungsumfangs	
Auftraggeber <i>(einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)</i>	
Zeitraum der Leistungserbringung <i>(Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)</i>	
Sendungsvolumen <i>(durchschnittlich pro Jahr)</i>	

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 24 von 31 Seiten

Teil D: Erklärung zum LTMG

zur Tariftreue- und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

I.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- ☐ meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht

oder

- ☐ mein / unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

[Zutreffendes bitte ankreuzen.]

ich mir / wir uns

- ☐ von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

oder

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 25 von 31 Seiten

- ☐ von einem von mir / uns beauftragen Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse / lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

[Zutreffendes bitte ankreuzen.]

- ich mich verpflichte / wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 26 von 31 Seiten

II.

**Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom
Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

Ich erkläre / Wir erklären,

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein / unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir / wir uns von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 27 von 31 Seiten

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens und die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 28 von 31 Seiten

Teil E: Weitere Erklärungen

Eigenerklärung, dass die Bestimmungen zum Postgeheimnis und Datenschutz vom Unternehmen gewahrt werden und die Beschäftigten schriftlich zur Einhaltung der datenschutzrechtlich gebotenen Vertraulichkeit verpflichtet werden.

Wir erklären, dass wir die Bestimmungen zum Postgeheimnis und Datenschutz wahren und unsere Beschäftigten schriftlich zur Einhaltung der datenschutzrechtlich gebotenen Vertraulichkeit verpflichtet werden.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 29 von 31 Seiten

Teil F: Preisliche Angaben

Ich/wir bieten die hier ausgeschriebene und in unserem Angebot konkretisierte Leistung jeweils entsprechend der eingetragenen Preise in den Leistungsverzeichnissen (**Anlage 2a bis 2b** des Verfahrensleitfadens) an.

Hinweis der Vergabestelle: Bei den angegebenen Mengen zu Briefsendungen/PZAs in den Leistungsverzeichnissen handelt es sich um einen Erfahrungswert. Dieser dient lediglich zur Kalkulation und Angebotsauswertung. Ein Mindestaufkommen seitens des Landkreises Alb-Donau-Kreis wird damit nicht gewährleistet.

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 30 von 31 Seiten

Teil G: Konzepte

Bitte reichen Sie folgende Konzepte nach näherer Maßgabe der Vorgaben unter Ziffer 6.2.2 bis 6.2.5 des Verfahrensleitfadens ein:

1. Konzept zur Leistungserbringung und Qualitätssicherung
2. Konzept zum Reklamations- und Beseitigungsmanagement
3. Nachhaltigkeitskonzept
4. Sozialkonzept

Bitte beachten Sie: Die angebotenen Konzepte müssen sich konkret auf die ausgeschriebenen Leistungen beziehen. Allgemeine Ausführungen des Bieterunternehmens sind daher nicht ausreichend.

Bitte fügen Sie die Konzepte in o.g. Reihenfolge Ihrem Angebot als

- ☐ **Anhang C** „Konzept zur Leistungserbringung und Qualitätssicherung“
- ☐ **Anhang D** „Konzept zum Reklamations- und Beseitigungsmanagement“
- ☐ **Anhang E** „Nachhaltigkeitskonzept“
- ☐ **Anhang F** „Sozialkonzept“

Anlage 1 – Angebotsformular

Seite 31 von 31 Seiten

Teil H: Erklärungen des Bieters

Ich/wir biete(n) die ausgeschriebene Leistung entsprechend den Vorgaben der Vergabeunterlagen in Form eines verbindlichen Angebotes an.

Ich/wir erkläre(n) hiermit,

- dass ich/wir die Vergabeunterlagen vollständig erhalten habe/n,
- dass der Vertrag mit Zuschlagserteilung zustande kommt und nachträglich lediglich schriftlich zu dokumentieren ist,

Wir halten uns an unser Angebot bis zum Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist am 18. September 2026 gebunden.

Mir/uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zum Ausschluss meines/unseres Unternehmens vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwaigen erteilten öffentlichen Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grund führen kann.

Ort:

Datum:

Name(n) des/der Unterzeichners/r in Blockschrift mit Angabe der Funktion in dem Unternehmen.